

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Donnerstag, 6. Juni 1935

Nr. 132

Die arbeitslose Jugend an die Internationale Arbeitskonferenz

Genf. Die Internationale Arbeitskonferenz, die Dienstag eröffnet wurde, empfing Mittwoch nachmittags in feierlicher Weise Delegationen der arbeitslosen Jugend aus mehreren Staaten, darunter auch aus der Tschechoslowakei. Die Delegation überreichte dem Präsidenten der Konferenz einige hunderttausend Petitionen, in denen die jugendlichen Arbeitslosen ihre Beschwerden und ihre Wünsche formulierten.

Die Konferenz hörte die eindrucksvollen Rundgebungen der Vertreter der arbeitslosen Jugend an. Vor dem Gebäude, in welchem die Konferenz stattfindet, wurde ein öffentlicher Manifestationsumzug veranstaltet.

Italien mobilisiert weiter 2000 Offiziere einberufen

Rom. Durch eine Verordnung vom Dienstag wurde der italienische Marineminister ermächtigt, zweitausend Offiziere niedrigerer Rangklassen und Marineangehörige verschiedener Spezialabteilungen ohne Rücksicht auf den Dienstjahrgang zum Dienste zu berufen.

Scharfe Sprache der jugoslawischen Opposition

Belgrad. Die Korrespondenzen veröffentlichten den Wortlaut der von der vereinigten Opposition gefassten Resolution, worin der Standpunkt vertreten wird, daß das Wahlergebnis von dem durch einen parlamentarischen Umhang verhaltenen absolutistischen Regime geschildert wurde und die Abgeordneten der Opposition zur Abfertigung von der Stupischina veranlaßt.

In einer zweiten Resolution der kroatischen Bauernpartei wird weiter erklärt, daß der Fortbestand des Staates nur dann möglich sei, wenn die berechtigten Forderungen des kroatischen Volkes erfüllt werden. Deshalb wird die sofortige Auflösung der „angeblichen Stupischina“ und die Durchführung von Neuwahlen auf Grund eines neuen Wahlgesetzes durch eine neutrale Regierung beantragt.

An möglichen Stellen beschränkt man sich zunächst darauf, durch Zulassung der Veröffentlichung der Resolutionen dieselben zur allgemeinen Kenntnis gelangen zu lassen. Die scharfe Tonart der Beschlüsse der Opposition wird als eine Kampfansage nicht nur an die Regierung Tschitch, sondern auch an das ganze Regime beurteilt.

Roosevelt läßt es darauf ankommen

Washington. Das NAA-System der Rüstungen für etwa 600 Industrie-Zweige, deren Beschäftigung die Bundesregierung anderthalb Jahre lang zu erzwingen sich bemüht hatte, wurde nunmehr vom Präsidenten Roosevelt endgültig zu den Akten gelegt. Er kündigte in einer besonderen Presskonferenz an, daß die Regierung den Apparat zur Durchführung von Mindestlöhnen, Arbeitszeit und anständigen Arbeitsbedingungen sowie des Verbotes von unlauterem Wettbewerb und von Kinderarbeit abschaffen werde. Bleiben sollte lediglich ein Geripp der NAA-Verwaltung, das bis zum 1. April des nächsten Jahres liquidieren soll.

Dieses Programm hat vielfach Nebenwirkungen ausgelöst. Einige Beobachter sprechen die Vermutung aus, Präsident Roosevelt wolle die Industrie lobefrei gestalten und erwarte, daß die daraus entstehende Depression eine für die Aenderungen der Verfassung günstige Atmosphäre schaffen werde.

Um das 99. Kabinett:

Fühlungsnahme der Linksparteien

Laval gescheitert / Herriot lehnt ab / Pietri betraut

Paris. Die französische Regierungskrise ist, wie sich zu spät herausstellte, nur das Ergebnis einer falschen Auszählung der Stimmen gewesen. Eigentlich hatte Bouisson eine Mehrheit von zwei Stimmen. Immerhin wäre dem Kabinett mit dieser Mehrheit kaum eine lange Lebensdauer beschieden gewesen.

Nachdem Senatpräsident Renaudie abgelehnt hatte, betraute der Präsident der Republik den Außenminister Laval mit der Bildung des Kabinetts. Laval versuchte in günstigen Beratungen mit den Parteiführern eine sichere Mehrheit zustandzubringen, legte dann aber um 8 Uhr abends die Kabinettsbildung in die Hände des Präsidenten zurück.

Präsident Leduc hat hierauf Herriot die Kabinettsbildung an. Dieser lehnte jedoch gleichfalls ab, ohne sich erst in Verhandlungen einzulassen. Für seine Haltung dürfte die Stellungnahme der radikalsozialistischen Kammergruppe entscheidend gewesen sein, die anscheinend nach einer Möglichkeit sucht, mit den übrigen Linksparteien die Grundlage für eine ausgereifte Linke Regierung zu schaffen.

Der Präsident berief daraufhin den früheren Marineminister Pietri, der um halb 11 Uhr nachts dem Präsidenten zusagte, die Bildung des neuen Kabinetts zu versuchen und ihm Donnerstag vormittags definitive Antwort zu geben. Pietri ist der Ansicht, daß es möglich ist, eine Formel der erweiterten Macht für die Regierung von geringem Umfang zu finden, als sie die letzten zwei Regierungen verlangt haben. Pietri hatte Unterredungen mit Herriot und Delbos und wird im Laufe der Nacht noch mit Laval und Bouisson zusammentreffen.

Den Ton für die Beratungen der Parlamentsklubs gaben den ganzen Tag hindurch die Sitzungen der Linkspartei an. Der linke Flügel der radikalischen Partei stellte an die Sozialisten die präzise Frage, wie sie sich eine Mehrheit des Linkskartells vorstellen und inwieweit sie daran aktiven Anteil nehmen wollen, wenn sie Anhänger eines ähnlichen Versuches sind, welchen van Zeeland in Belgien gemacht hat, und außerdem, welches Finanzprogramm die Sozialisten durchführen wollen.

Leon Blum erklärte, daß die Sozialisten zur Zusammenarbeit mit jeder Regierung bereit sind, die die demokratischen Freiheiten verteidigen und die Reaktion entschieden bekämpfen wird. Was die Finanzpolitik angeht, sind sie vorläufig Anhänger der zwangswiseigen Reeskontierung aller Vons des Staatsschatzes durch die Nationalbank.

Daladier stimmte namens des linken Flügels des Radikalen Klubs diesem Programm der Sozialisten zu. Die Kommunisten erklärten, daß sie zwar nicht in die Regierung eintreten werden, daß sie sich aber einer ausgesprochenen Linkeregierung gegenüber auf das loyalste verhalten würden.

Bouisson wurde falsch ausgezählt!

Paris. (Tsch. P.-A.) Die Differenz von zwei Stimmen (264 gegen 262), mit welcher die Regierung Bouisson geschlagen wurde, ist nachträglich in das gegenteilige Verhältnis, nämlich für die Regierungsmehrheit, und zwar durch zahlreiche nachträgliche Korrekturen der Deputierten umgeändert worden, welche in der Bestätigung von den Skrutatoren der Gruppen als gegen die Regierung stimmend gemeldet wurden, obwohl sie für die Regierung stimmen wollten.

Diese nachträglichen Korrekturen haben jedoch verfassungsmäßig keine Gültigkeit und maßgebend ist das erste Abstimmungsresultat.

Bierbankpolitik

Das sudetendeutsche Bürgertum nach den Wahlen

Wer die sudetendeutsche Schriftleiterpresse, die ja seit Monaten mit der Henleinpartei gleichgeschaltet ist, vor den Wahlen beobachtet hat und sie nunmehr liest, wird sehr bald merken, daß sich in ihrer Haltung eine deutliche Wendung vollzogen hat. Es ist das sei vorweg gesagt, sicher keine Belehrung, keine Wendung der Gesinnung, es ist nur eine Schwänkung, die den deutschbürgerlichen Politikern wahrscheinlich sehr geschickt vorkommt und die doch nur ein Beweis der Armfeligkeit dessen ist, was sich sudetendeutsche Politik nennt.

Vor den Wahlen haben die bürgerlichen Blätter den Sieg Henleins als die Rettung des Sudetendeutschtums hingestellt und jeden des nationalen Verrats bezichtigt, der an der Sendung Henleins zu zweifeln wagte. Vor den Wahlen wurde gegen die deutschen Regierungsparteien, vor allem gegen die Sozialdemokratie, ein Kampf mit allen Mitteln geführt und die Tätigkeit der deutschen Mehrheitsparteien als nationales Verhängnis, die Fortsetzung der Regierungspolitik als furchtbare Gefahr verdreht.

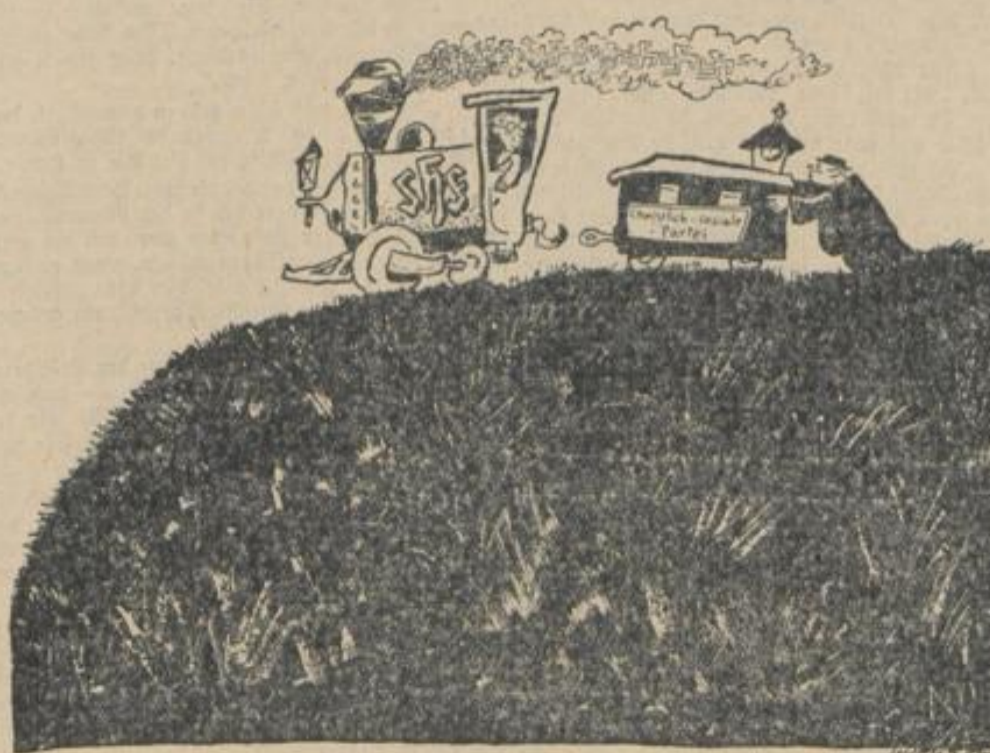
Man sollte meinen, daß die bürgerliche Presse von dem Wahlausgang hoch befriedigt und überzeugt wäre, daß nunmehr, da Henlein einen über alle Erwartungen großen Sieg errungen hat, dem Sudetendeutschtum nichts mehr passieren könne. Man sollte meinen, daß die Verminderung des parlamentarischen Bestandes der deutschen Regierungsparteien von 33 auf 16 Sitze denen als großer nationaler Erfolg erscheinen würde, die in der Tätigkeit der deutschen Regierungsparteien nur ein nationales Unglück erblicken wollten.

Wertwüchsig für die deutsche Bürgerpolitik aber sehr bescheidenweise findet die neue Situation aber bei den Schriftleiterblättern ein ganz anderes Echo. Wir haben schon den Bräuner „Tagessboten“ zitiert, der es sich bequem macht und von allem Anfang erklärt, zum Interuenieren seien weiter die beiden Regierungsparteien gut und man werde sich in allen Fällen an sie halten. Ganz charakteristisch aber für die Denkart sudetendeutscher sogenannter „Politiker“ ist der Leitartikel der „Reichsbürgerzeitung“, also des führenden Provinzialblattes in Böhmen, vom 4. Juni. Da heißt es u. a.:

Unzweifelhaft ist die Koalition geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen. Die Hinzugabe der tschechischen Gewerkepartei bedeutet eine Verstärkung des tschechischen Einflusses innerhalb des Kabinetts. Das Deutschertum, das weiter zwei Minister stellt, hat das wichtige Ministerium für öffentliche Arbeiten verloren, somit an tatsächlichen Einfluß eingebüßt. Die Situation der deutschen Regierungsparteien und ihre Aussichten, in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreiche Arbeit leisten zu können, hängen aber zu wesentlichen Teilen von der Taktik ab, mit welcher sie ihre Position im Kabinett dazu denken, ihre tschechischen Kollegen zu tätiger Unterstützung ihrer Bestrebungen zu veranlassen. Deren bisherige Haltung rechtfertigt allerdings einige Skepsis.

Nun wird sich ein sachlicher Betrachter die Schlussfolgerung, daß die Hinzugabe der Gewerkepartei den tschechischen Einfluß stärke und daß die deutschen Regierungsparteien an Einfluß verlieren haben, nicht ohne weiteres zu eigen machen. Der politische Einfluß einer Partei ist nicht rein mechanisch von ihrer Mandatszahl her zu errechnen und in der Regierung selbst steigt oder fällt der „tschechische“ Einfluß nicht, wenn eine tschechische Partei die Koalition verläßt oder wieder in sie eintritt. Wir entsinnen uns auch nicht, in der „Reichsbürgerzeitung“ anlässlich des seltenerzeitigen Ausscheidens der Gewerkepartei und nachmals der Nationaldemokraten gelesen zu haben, daß der Einfluß der Tschechen im Kabinett vermindert sei. Die Situation der deutschen Regierungsparteien wird weniger durch die Zahl und Stärke der tschechischen Parteien beeinflusst, mit denen sie im gleichen Kabinett sitzen, als durch die Haltung der übrigen deutschen Gruppen. Gerade das Vorhandensein einer irreidentischen deutschen Partei wird den tschechischen Gruppen schon im Interesse des Staates die Zusammenarbeit mit den loyalen Deutschen nahelegen.

Fahrt ins Blaue



„Die christlichsoziale Partei wird im engsten Anschluß an die Sudetendeutsche Partei vorgehen...“

Der Kampf Internationale Revue, Prag

Das Juni-Fest, das soeben erschienen ist, hat folgenden Inhalt:
Autriacus: Das Proletariat und der Krieg
Josef Hoffbauer: Zweipoliges Wahlergebnis in der CSM
Otto Bauer: Wirtschaftsentwicklung und Klassenkämpfe in Oesterreich
E. A. Hauser: Betriebsräte in Deutschland
Weltwirtschaft
Internationaler Sozialismus
Internationale Gewerkschaftsbewegung
Ander Sowjetunion
Bäckerschan.

Über angenommen, die 'Reichenberger Zeitung' hätte recht, wie kommt sie denn dazu, die Schwächung des deutschen Einflusses in der Regierung zu beklagen?
Das Ergebnis ihrer eigenen Tätigkeit, sie gibt jetzt zu, daß der Sieg ihres Heines in der deutschen Sache nicht genügt hat.

Die Haltung der 'Reichenberger Zeitung' ist symptomatisch. So denken tatsächlich Hunderttausende subdeutscher Wähler. Es ist die Atmosphäre der Stammtische, es ist der Horizont, den die Wände einer Wirtschaftsbüro, es ist die politische Weisheit der Bierbänkler, die es da entgegenzetreten.

Vor der Demission Macdonalds Baldwin sein Nachfolger

LONDON. Nach der Information des britischen amtlichen Radiodienstes geht das britische Parlament wahrscheinlich am Freitag vor Pfingsten in die Ferien.
An diesem letzten Tag der Sitzung des britischen Parlamentes, wird der Premierminister Macdonald in besonderer Audienz vom König empfangen werden, den er ersuchen wird, ihn seines Amtes zu entheben.

Die Gestapo allmächtig Ihre Verfügungen gerichtlich unanfechtbar

Berlin. Ein Urteil von erheblicher Bedeutung hat, wie erst jetzt bekannt wird, das preussische Oberverwaltungsgericht am 2. Mai in der Frage gefällt, ob Verfügungen der Geheimen Staatspolizei im Verwaltungsstreitverfahren anfechtbar sind, was bei gewöhnlichen Polizeiverfügungen der Fall ist.

Geheimen Staatspolizei keinen Weg, auf ihre Aufhebung zu klagen und ihre Rechtmäßigkeit von einem Verwaltungsgericht nachprüfen zu lassen.

Dieses Urteil gilt auch für Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Eingriffe in das Brief- und Fernsprechegeheimnis und gilt nicht nur für Berlin, sondern auch für die Staatspolizeistellen, die im Frühjahr u. J. in großer Zahl namentlich bei den Regierungspräsidien errichtet worden sind.

Erst am 18. Juni Parlamentseröffnung?

Prag. Am Mittwoch befand sich das alte Parlamentssäckulum - dessen Mitglieder Koudrnich und Spatny gar nicht mehr Abgeordnete, sondern Senatoren sind - mit der Vorbereitung der neuen Parlamentssession.

Abschied des Gen. Dr. Meißner aus dem Fürsorgeministerium

Im Fürsorgeministerium verabschiedete sich am Mittwoch die Beamtenschaft von dem abtretenden Minister Genossen Dr. Meißner.

Roman von Emil Vachek Die Hühnersteige Deutsch von Anna Auredniková

der Hauptschuldige, Sazyma der Mitschuldige. Wir werden in diesem Sinne die Anzeige ergänzen und Sazyma einsperren.
'Wenn Sie...' begann Weinsteller. 'Wenn Sie', fuhr der Vizepräsident belnahe bittend fort.

ich noch die Uhr verkaufen; dabei hat man mich noch angenommen. Aber ich bin kein Dieb und werde wieder als ehelicher Mensch weiterleben, bis ich meine Strafe abgelesen habe.

begrüßte auch den neuen Minister J. B. Kasparian.

Antrittsaudienz des neuen französischen Gesandten

Prag. Der neue Gesandte der französischen Republik in Prag Paul Emile Kaggiar hat seinen Posten am Mittwoch offiziell angetreten.

In seiner Ansprache betonte der neue Gesandte die herzlichen Beziehungen der beiden Demokratien. Er habe das Gefühl, die Mission fortzusetzen, mit der er in Belgien, seiner früheren Wirkungsstätte, betraut war.

Präsident Masaryk führte in seiner Antwort u. a. aus: Unser gemeinsames Verlangen zur Erreichung der demokratischen Ideale ist und muß der Pfeiler unserer von Tag zu Tag festeren freundschaftlichen Beziehungen sein.

Christlichsoziale und Gemeindefragen

Wie die 'Deutsche Presse' mitteilt, hat der parlamentarische Klub der deutschen Christlichsozialen eine Weisung an die Gemeindefürsprecher der Partei beschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft des Staatsanwalter-Bewältigungsausschusses und der Exekutive der öffentlichen Angestellten bestimmte in ihrer am 3. Juni stattgefundenen Sitzung nach gegenseitiger Beiprägung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen den Umfang und Inhalt ihrer weiteren Tätigkeit.

Hall, Herr Vizepräsident', sagte Weinsteller. 'es ist nicht festgesetzt, daß ich gestohlen habe; ich habe Ihnen schon gestern gesagt, daß ich unschuldig bin.'

'Hundertmal lieber als mich', rief Weinsteller. 'Sobald sie mein Weib wird, ist's aus mit dem Stehlen.'

Das zwölfte Kapitel

Die Nachricht, daß Lois in einer so ernstlichen Affäre stecke, verursachte nicht nur auf der Hühnersteige, sondern im ganzen Haus Nr. 6660 in Dijkov die größte Aufregung.

(Fortsetzung folgt.)

